



Offener Brief

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Teltow-Ruhlsdorf, 6. April 2021

In Kopie an:

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, sowie an die Mitglieder des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages (stellvertretend für die Bundestagsfraktionen)
und als Information an nationale und internationale Medien

Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland: Befürchtung einer katastrophalen weiteren Entwicklung/Bitte um Ihre Hilfe

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

wie Sie wissen, grassiert die Afrikanische Schweinepest (ASP) seit dem 10. September 2020 in Deutschland. In Brandenburg und Sachsen sind bislang mehr als 900 an ASP verendete Wildschweinkadaver gefunden worden, praktisch täglich kommen weitere hinzu. Sieben Landkreise und kreisfreie Städte sind bislang betroffen. Die Restriktionsgebiete haben sich in den vergangenen Wochen erheblich ausgeweitet.

Die deutsche Landwirtschaft – und besonders die Schweinefleischbranche, die mit ihren rund 23.000 Betrieben und inklusive der vor- und der nachgelagerten Industrie mehrere Hunderttausend Beschäftigte umfasst – wird durch die ASP nach Schätzungen des Deutschen Bauernverbandes pro Jahr mit mehreren Milliarden Euro geschädigt. Hauptsächliche Faktoren hierfür sind der ASP-bedingt andauernde Preisverfall und die Ausfuhrverbote von Schweineteilen in Nicht-EU-Staaten, besonders in asiatische Länder. Die weltweit gute Reputation der sicheren und qualitativ hochwertigen deutschen Fleischwirtschaft wird dadurch geschädigt.

Die politischen Akteure in Brandenburg und Sachsen sind bei der Bekämpfung der Tierseuche weitgehend erfolglos. Das bezeugen die neuen Kadaverfunde, die neuen Restriktionsgebiete sowie die nicht fertig werdenden Zäune. Von einer Seucheneradikation kann keine Rede sein, im Gegenteil: Die Katastrophe nimmt unvermindert ihren Lauf. Weder wird die Ursache behoben noch werden die Auswirkungen angemessen beseitigt. Das Land Brandenburg unterbindet zum Entsetzen vieler Veterinäre und Tierseuchenexperten nicht einmal die für eine ASP-Virusübertragung auf Nutztierbestände gefährliche Freilandhaltung in den Restriktionsgebieten. Dies zeigt der Fall eines mit einem Freilandhaltungsverbot belegten Freiland-Schweine-Halters, der seit fünf Monaten die behördliche Verfügung ignoriert. Dieses inkriminierte Verhalten und die davon ausgehende Gefahr werden von den Verwaltungen toleriert, womit sie selbst die Schweinepestverordnung brechen. Ein Übersprung der Seuche auf Hausschweine in Deutschland hätte vielfältige Folgen: Zum Beispiel würde der erste amtliche Nachweis der ASP in Nutztierbeständen sofort einen weiteren ruinösen Preisverfall



bewirken. Dabei schaut die ganze Welt darauf, wie Deutschland als erstes betroffenes großes Industrieland mit der Seuche umgeht und wie unangemessen nachlässig die Politik hierzulande agiert.

Etliche landwirtschaftliche Betriebe mussten wegen der Folgen der ASP schon aufgeben, viele weitere stehen vor dem Ruin. Aufgrund der Betretungs- und Bewirtschaftungsverbote in den Restriktionsgebieten warten der Ackerbau sowie die Obst- und Gemüsewirtschaft ebenfalls auf klare Entscheidungen. Auch die Frage nach Entschädigungen für die schweinehaltenden Betriebe ist nicht geklärt. Die Regionalisierungsverhandlungen mit asiatischen Staaten erübrigen sich, wenn sich die Schweinepest weiter über Deutschland ausbreitet.

Seit 2007 hat sich die Seuche von Georgien aus west- und nordwestwärts bewegt. Länder wie Tschechien, Belgien und Frankreich haben Ausbrüche mit Technik, Personal, Mut und unkonventionellen Mitteln unter Kontrolle gebracht und ihre Territorien geschützt. Sie alle sehen mit Bangen auf Deutschland, das versäumt hat, in Absprache mit Polen die Seuche zeitnah zu bannen und wirkungsvolle Maßnahmen der Vorbeugung zu ergreifen. Nicht nur die 14 noch nicht von der ASP betroffenen deutschen Bundesländer, sondern auch die nicht ASP-betroffenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beobachten kritisch, ob Deutschland die Afrikanische Schweinepest bewältigt.

Den schleppenden Zaunbau und die fehlende Eradikation mahnen wir seit Monaten an – vergeblich: Der Bund verweist an die Länder, die Länder verweisen an die Landkreise, die Kreisverwaltungen haben nicht die nötigen finanziellen Mittel, um mit professionellen Zaunbaufirmen schnell und gründlich Gebiete abzusperren. Bis heute ist kein schlüssiges Eradikationskonzept veröffentlicht worden. Deshalb haben wir selbst ein solches entwickelt – allerdings sind wir damit bei den zuständigen Stellen auf taube Ohren gestoßen. Wir haben den Eindruck, die Seuche wird nicht grundlegend und mit der nötigen Durchsetzungskraft bekämpft, sondern in den Behörden nachlässig sowie rechts- und ermessensfehlerhaft verwaltet.

Wenn die erforderlichen Maßnahmen weiter ausbleiben, muss sich Europa auf ein weit verbreitetes endemisches Schweinepest-Geschehen in seiner größten Volkswirtschaft einstellen. Die Folgen für den Umbau der deutschen Schweinehaltung und für die EU wären unabsehbar. Deshalb wenden wir uns an Sie: Bitte machen Sie die ASP-Bekämpfung zur Chefsache! Sorgen Sie für eine funktionierende Koordination und für eine schnelle Eradikation der Seuche! Hiermit laden wir Sie herzlich ein, sich vor Ort selbst ein Bild von der für uns verhängnisvollen Situation zu machen. Wir bitten Sie dringend um Ihre Hilfe.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Christian Daniels, Vorsitzender der Interessengemeinschaft der Schweinehalter (IGS) Brandenburg, 0171-5275656

Rita Blum, Vorsitzende der IGS Sachsen

Hans-Georg Meyer, Vorsitzender des Schweinewirtschaftsverbandes Sachsen-Anhalt

Stefan Wille genannt Niebur, Fachausschussvorsitzender der Schweinehalter MV im Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern

André Telle, Vorsitzender der IGS Thüringen

Weiterführendes Material finden Sie unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=0CX8w3grmGI>

https://www.topagrar.com/dl/3/8/0/7/6/7/3/Whitepaper_ASP_15012021.pdf

https://www.thueringer-schweinehalter.de/services/files/210122_PM_zur_ASP.pdf